

eines bereits 1995 erschienenen Werkes mit dem Titel „Metropolen im Wandel. Zentralität in Ostmitteleuropa an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit“ dar und umfaßt insgesamt 24 Beiträge von Autoren aus Deutschland, Tschechien, Polen und Schweden. Der im Untertitel aufscheinende Begriff „frühmodern“ bezeichnet dabei den Zeitraum vom Spätmittelalter bis ca. ins 17. Jh.

Wie im Vorwort von Peter Johaneck (Münster) explizit dargelegt, wird der Begriff der Metropole dabei nicht auf die bloße politische Funktion einer Stadt bezogen, vielmehr wird in den einzelnen Beiträgen der Versuch unternommen, die im Titel genannten Städte als „Orte der Verdichtung von Kommunikation“ im Wechselspiel von Politik, Religion, Wirtschaft, Wissenschaft und Repräsentativkultur als „Sammelpunkte der geistigen und kulturellen Kräfte“ einer Region darzustellen. Besonderes Augenmerk wird dabei gerade auf das Spannungsfeld von politischer und religiöser Macht und kulturellem „Feld“ gelegt, wobei diese Bereiche dankenswerterweise nicht als getrennte „Subsysteme“ abgehandelt, sondern gerade in ihrer gegenseitigen Bedingtheit analysiert werden: Sehr zu Recht weisen die beiden Hrsg.innen in ihrer abschließenden Zusammenfassung darauf hin, daß Formen und Symbole politischer Macht diese nicht bloß illustrieren, sondern selbst Teil dieser Macht sind. Geht man davon aus, daß den Metropolen wesentliche Funktionen bei der Entstehung moderner Staaten zu eigen waren, so kommt der von den Hrsg.innen eingeräumten „kunsthistorischen“ Perspektive einiger Beiträge keineswegs bloß illustrative, sondern fundamentale historisch-analytische Bedeutung zu. So erweist sich etwa, um nur ein Beispiel herauszugreifen, die auf den ersten Blick vielleicht etwas verengt anmutende Beschäftigung mit Rathausdekorationen des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit im Artikel von Arnold Bartetzky (Leipzig) als durchaus anregender Zugang zur Analyse des Verhältnisses von Kommune und Herrscher im Spiegel der Repräsentation von Identität und Macht.

Über eine rein stadtgeschichtliche Perspektive hinausgehend, werden die „Metropolen“ also in ihrer Einbettung in das regionale Umfeld untersucht, und zwar gleichermaßen als Kristallisationspunkte regionaler Entwicklungen wie auch als Orte der Vermittlung europäischer (und universal)er Kultur an das Umland, wofür der vor allem im Rahmen kulturwissenschaftlicher Forschungsansätze verwendete Terminus des „Kulturtransfers“ herangezogen wird. Überhaupt verweisen bereits die Titel der einzelnen Unterkapitel, die den Band inhaltlich strukturieren, auf den bewußten Anschluß an die gegenwärtigen Methodendebatten: gesellschaftliche Pluralität und Interaktion, Kommunikation und Repräsentation, Kulturtransfer. Die einzelnen Beiträge des Bandes sind teilweise gute Belege für die wissenschaftliche Fruchtbarkeit eines solchen Ansatzes gerade dort, wo es um die Erforschung der Geschichte der nicht nur sozial sondern auch ethnisch-kulturell dicht durchmischten zentraleuropäischen Region geht. Zwar muß eine gewisse thematische wie auch qualitative Heterogenität der Beiträge eingeräumt werden, was jedoch bei einem Sammelband dieses Umfangs bei relativ breit gestreuter Thematik unvermeidlich sein dürfte.

Positiv hervorzuheben ist überdies die bewußt gewählte vergleichende Perspektive, die über den Rahmen der im Titel genannten Städte auch zahlreiche weitere Metropolen erster und zweiter Ordnung (z.B. Graz, Posen, Breslau, Würzburg usw.) in den Blickpunkt rückt, sowie die großzügige Verwendung von Illustrationen. Nicht unerwähnt bleiben sollten auch die sorgfältig erstellten Orts- und Personenregister, die die rasche Verfügbarkeit bestimmter Daten und Informationen wesentlich erleichtern. Resümierend darf von einem rundum gelungenen Werk gesprochen werden.

Wien

Peter Stachel

**Jolanta Żyndul: Państwo w państwie?** Autonomia narodowo-kulturalna w Europie środkowoschodniej w XX wieku. [Staat im Staate? Die national-kulturelle Autonomie in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert.] Wydawnictwo DiG. Warszawa 2000. 258 S.

Die vorliegende Dissertation der Warschauer Historikerin ist nicht das erste Buch, das sich mit nationalen Minderheiten in Europa beschäftigt, es ist jedoch sicherlich eines der

interessanteren. Das liegt nicht zuletzt daran, daß sich die Vf.in bemüht, die auf das eigene Land ausgerichtete Perspektive zu verlassen und sich theoretisch wie auch praktisch einem Konzept zuzuwenden, von dem immer wieder geglaubt wurde, es werde dazu beitragen, eines der Grundprobleme der Nationalstaatlichkeit zu lösen – den Umgang damit nämlich, daß sich die Siedlungsgebiete kultureller Gruppen nicht an die wie auch immer gezogenen Grenzen halten. Die Vorstellung, Menschen in kulturell definierte Gruppen zusammenzufassen und ihnen diesbezüglich Autonomie zuzugestehen, wurde in Österreich (Bauer, Renner) und Rußland (Dubnov) formuliert und floß vor und nach dem Ersten Weltkrieg in politische Planungen ein. Eingeführt wurde die Autonomie nationaler Gruppen zunächst in der ephemeren Ukrainischen Volksrepublik, die nie dazu kam, ihre Projekte zu verwirklichen, und vorübergehend bis 1922 in Litauen. Auf der Pariser Friedenskonferenz wurde die Kulturautonomie diskutiert, aber was als Minderheitenschutzvertrag zustande kam, war davon weit entfernt, nie voll akzeptiert und wurde letztlich mißachtet.

Jolanta Żyndał versucht nun zunächst, am Beispiel der jüdischen Minderheit in Polen zu erläutern, wie die Versuche, zu einer kulturellen Autonomie zu gelangen, gescheitert sind. Während die Vf.in richtig betont, daß die Politiker der Ukraine und Litauens meinten, auf ihre Minderheiten angewiesen zu sein, war dies in Polen nicht der Fall. Aber nicht nur die nicht-jüdischen Polen waren an den Juden wenig interessiert – auch die jüdischen Polen konnten sich nicht darüber einigen, daß sie kulturell zusammengehörten. Fragen nach der Einbeziehung der Religion schieden Sozialisten von ihren Gegnern. Assimilationsanhänger mochten der Einbeziehung in eine Gruppe mit Orthodoxen, die wiederum politische Gruppenrechte für überflüssig hielten, nicht mittragen. Daß eine Gleichberechtigung der nichtpolnischen Volksgruppen in einem angeblichen polnischen Nationalstaat – anders als im Vielvölkerstaat der Habsburger – für viele Nationalpolen inakzeptabel war, verschärfte die Situation.

Bis hierher ist das Buch vom Ansatz her konventionell. In der zweiten Hälfte wendet sich Ż. jedoch einer anderen Perspektive zu. Die Deutschen und die Juden erlangten in den 1920er Jahren in Estland den einzigen länger funktionierenden Autonomiestatus, während die zahlenmäßig bedeutenderen Russen einen solchen ablehnten. Ż.s Abriß der Streitigkeiten um die Gruppenrechte der Deutschen in anderen Staaten und auf den Minderheitenkonferenzen in diesem Zusammenhang sind das Novum. In diesem Teil des Bandes befreit sich die Vf.in von einem „Tunnelblick“ und erläutert, in welchem europäischen Kontext sich politische Fragen stellten, die man gewöhnlich auf Polen verengt zu betrachten pflegt. Ż. hat erkannt, daß das Beispiel der Juden in Polen allein keine Generalisierung gestattet: Mit dem Blick auf die anderen Minoritäten kann sie zu dem Schluß gelangen, daß der „Mutterstaat“ – den die Juden ja nicht hatten – als dritter Partner im Verhältnis zwischen Minderheit und Staat auftrat und historisch belegt als Befürworter national-autonomer Gruppenrechte auftrat, wo eine solche Verfassung Einwirkungsmöglichkeiten bot. Sie kommt aber zu einem weiteren Schluß: Nur wohlorganisierte Minderheiten waren gewillt, die Lasten zu schultern, welche die national-kulturelle Autonomie ihnen auferlegte und die sonst von den staatlichen Strukturen ohne größeren Aufwand für die Minderheiten – wenn gleich vielleicht nicht in deren Sinne – bewältigt wurden. Polen in Deutschland und Russen in Estland sahen sich hierzu nicht imstande.

Die Arbeit schließt mit Kapiteln darüber, wie in Nachkriegspolen zeitweise eine kulturelle Autonomie für Juden funktionierte – ein wenig bearbeitetes und bis heute mit Tabuisierungen unterschiedlicher Art belegtes Thema –, und mit einem Ausblick auf die Einführung von national-kultureller Autonomie in Estland und Ungarn nach der postkommunistischen Wende. Daß nach dem Zweiten Weltkrieg das Autonomiekonzept selten wiederbelebt wurde, begründet die Vf.in mit der Desavouierung der Minderheitenrechte. Nicht nur in der Tschechoslowakei und Polen hatten Minderheitenforderungen Ansatzpunkte für die Politik von Nachbarstaaten geboten. So wählte auch die UNO den Weg, lieber individuelle Rechte zu fordern und weitgehend auf Gruppenrechte zu verzichten, die die Gefahr von „Staaten im Staate“ provozieren mochten. Oder man wählte den Weg der

„Homogenisierung“, der Umsiedlung oder der Vertreibung, um das Problem erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Z. wendet sich nicht zum ersten Male komplizierten Themen zu. In ihrer bahnbrechenden Magisterarbeit hat sie die jüdenfeindlichen Ausschreitungen der 1930er Jahre prägnant zusammengefaßt (*Zajścia antyżydowskie w Polsce w latach 1935–1937*, Warszawa 1994, vgl. ZFO 46, 1997, S. 552 f.). In ihrem neuen Buch beschreibt sie die komplizierte Gemengelage ebenfalls in gedrängter Form. Zwar werden historiographische Kontroversen angesprochen, aber meist versucht die Vf.in, sich an die zeitgenössischen Originaltexte zu halten und auf deren Grundlage zu operieren. Da dies in einer sehr guten, jeder Geschwätzigkeit abholden Sprache erfolgt, ist die vorgelegte Arbeit auch in dieser Hinsicht nicht anders als positiv zu bewerten.

Hamburg

Frank Golczewski

**Erzwungene Trennung. Vertreibungen und Aussiedlungen aus der Tschechoslowakei 1938–1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien.** Hrsg. von Detlef Brandes, Edita Ivaničková, Jiří Pešek. (Veröff. der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission, Bd. 8; Veröff. des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 15.) Klartext Verlag, Essen 1999. 336 S., Kte., Graphiken (DM 42,—)

Die Beiträge des vorliegenden Tagungsbandes befassen sich auf hohem Niveau mit Vorgeschichte, Planung und Durchführung der Vertreibung bzw. Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. Angesichts der auch heute noch vorhandenen politischen Brisanz des Themas sind die umfassende Kontextualisierung, die Einnahme einer vergleichenden Perspektive durch Hinzuziehung paralleler außertschechoslowakischer Fälle sowie die eingehende Einbeziehung methodischer und quellenkritischer Probleme hervorzuheben.

In der Sektion zur Vorgeschichte der Vertreibung zeigt Jan Gebhart, daß infolge des Münchener Abkommens entgegen manchen bisherigen Annahmen etwa 200 000 tschechoslowakische Staatsbürger überwiegend tschechischer Nationalität auf das Gebiet der Zweiten Republik flohen bzw. evakuiert wurden. Jaroslava Milotová skizziert in bemerkenswert knizier Form die extremen nationalsozialistischen Pläne zur Lösung der „tschechischen Frage“ nach Beendigung des Krieges, während Alena Míšková die beratende Rolle von Rasse- und Ostforschern der Prager Deutschen Universität bei diesen Planungen untersucht. Volker Zimmermann beschreibt Stimmung und Lage der deutschen Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland und weist nach, daß diese, wie die Gauleitung, sich bis zuletzt nicht vom Nationalsozialismus zu lösen vermochte. Auch die deutsche Minderheit in der Slowakei identifizierte sich weitgehend mit dem Dritten Reich (dazu ein Beitrag von L'ubomir Lipták), hier führten jedoch im Gegensatz zu den Böhmischem Ländern erst die deutschen Repressalien bei und nach der Niederwerfung des Slowakischen Aufstandes zur Forderung nach der kompletten Vertreibung der deutschen Minderheit, die zum Großteil allerdings bereits in den letzten Kriegsmonaten deutscherseits nach Westen evakuiert wurde (Dušan Kováč).

Bezüglich der Planung der Vertreibung betont Václav Kural die Radikalisierung der ursprünglich relativ gemäßigten Aussiedlungspläne Edvard Beneš durch die tschechische Widerstandsbewegung im Protektorat, die vor allem durch den Besatzungsterror unter und nach Reinhard Heydrich zur Forderung nach einer totalen Aussiedlung der deutschen Minderheit gelangte. Detlef Brandes skizziert das Scheitern der Gespräche zwischen Wenzel Jaksch und Beneš im Londoner Exil, das nicht unwesentlich auf politische Fehleinschätzungen Jakschs zurückzuführen ist.

Besonders instruktiv sind die Beiträge zur Vertreibung bzw. Aussiedlung der Sudeten-Deutschen, vor allem aufgrund der auch methodologisch sehr fundierten Rückführung der Anzahl der Vertreibungsoffer auf ein realistisches Ausmaß. Während Tomáš Staněk einen Überblick des aktuellen Forschungsstandes zum Ablauf der Vertreibung 1945 bietet, zeigt Rüdiger Overmans auf, wie auf deutscher Seite die Berechnung der Zahl der Ver-